

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Stadtverwaltung Schmalkalden
Der Bürgermeister
Altmarkt 1
98574 Schmalkalden

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt: Hauptamt
Sachgebiet: Allgemeine Verwaltung (10/1)

Kontakt:

Telefon 03683 / 667150 bzw. 667151
Fax 03683 / 6676150 bzw. 6676151
E-Mail stadt@schmalkalden.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

<u>Postanschrift:</u>	<u>Kontakt:</u>	
Datenschutzbeauftragter	Telefon	03683 / 667151
Altmarkt 1	Fax	03683 / 6676151
98574 Schmalkalden	E-Mail	datenschutzbeauftragter@schmalkalden.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Der Verantwortliche führt die Datenverarbeitung im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) durch.

Der Verantwortliche verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen der Durchführung von Vergabeverfahren zum Zweck der Teilnahmeantragsprüfung, der Prüfung und Wertung von Angeboten, der Erteilung von Aufträgen für Lieferungen und Dienstleistungen oder für Bauleistungen, der Kommunikation mit Bewerbern/Bietern (bspw. Beantwortung von Bewerber-, Bieterfragen) und der Dokumentation/Archivierung sowie zu Statistikzwecken (Vergabestatistik). Des Weiteren erfolgt eine Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Vertrags-durchführung/-abwicklung von im Rahmen von Vergabeverfahren geschlossenen Verträgen.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b, c und e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
- § 16 Thüringer Vergabegesetz (ThürDSG)
- § 31 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (ThürGemHV)
- Thüringer Vergabegesetz (ThürVgG)
- Sonstige vergaberechtliche Bestimmungen (GWB, VgV, VOL/A, VOB/A, etc.)
- Ggf. förderrechtliche Bestimmungen (Förderrichtlinien etc.)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Die folgenden **Kategorien personenbezogener Daten** werden oder können ggf. gefordert/erhoben bzw. verarbeitet werden (Betroffene = u.a. Beschäftigte des Auftragnehmers):

- Personalien/Adress- und Kontaktdaten des Betroffenen (bspw. dienstliche Kontaktdaten),
- Daten mit Bezug zur beruflichen Tätigkeit des Betroffenen (bspw. Daten aus denen hervorgeht, dass eine Person bei einem bestimmten Unternehmen in einer bestimmten Position/in einem bestimmten Tätigkeitsbereich beschäftigt ist),
- Daten zur Aus- und Weiterbildung des Betroffenen (bspw. Lebenslauf, Studien- und Ausbildungsnachweise, Weiterbildungs- und Schulungsnachweise, u.ä.) sowie
- Daten aus einem zwischen der Stadtverwaltung Schmalkalden und dem Betroffenen ggf. bereits bestehenden Vertragsverhältnis.

Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- innerhalb des Verantwortlichen:
 - Büro des Bürgermeisters
Zweck: Auftragserteilung, Unterzeichnung von Verträgen
 - Hauptamt – Allgemeine Verwaltung (zentr. Vergabestelle)
Zweck: Durchführung des Vergabeverfahrens
 - Rechts- und Kämmereiamt – Haushaltswesen & Kasse
Zweck: Zahlungsabwicklung
 - Mitarbeiter andere Organisationseinheiten (Fachämter)
Zweck: inhaltliche Begleitung der Vergabeverfahren
 - durch den Verantwortlichen beauftragte/vertraglich gebundene Berater, Fachplaner, Architekten, u.ä. (nicht Dritte)
Zweck: inhaltliche Begleitung der Vergabeverfahren
 - Datenschutzbeauftragte/r
Zweck: Vollzug des Vertrages über die Auftragsverarbeitung
- Auftragsverarbeiter: eVergabe.de GmbH, Messering 5, 01067 Dresden
Zweck: Abwicklung rechtskonformer Vergabeverfahren (Vergabe-Manager und -Portal)
- Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): Personenbezogene Daten dürfen darüber hinaus an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn der Weitergabe zugestimmt wurde oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist:

Die Vergabestelle ist nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz (MiloG), § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG) und § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) anzufordern.

Bei allen Vergabeverfahren sind auf Verlangen der Bieter, die nicht für den Zuschlag berücksichtigt worden sind, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters mitzuteilen. Nach Durchführung einer Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb ab 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer werden für die Dauer von drei Monaten über jeden so vergebenen Auftrag der Name des beauftragten Unternehmens oder der natürlichen Person bekanntgegeben.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Der Verantwortliche hat nicht die Absicht, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Der Speicherzeitraum beginnt mit der erstmaligen Speicherung der personenbezogenen Daten. Der Zeitpunkt der Speicherung entspricht in der Regel dem Zeitpunkt der Erhebung der personenbezogenen Daten.

In der Regel werden die Teilnahmeanträge, die Angebote sowie die Dokumentationsunterlagen (Vergabedokumentation) und ihre Anlagen für einen Zeitraum von 10 Jahren aufbewahrt (es sei denn gesetzliche oder förderrechtliche Bestimmungen verlangen eine länger/darüberhinausgehende Aufbewahrung).

Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem der Zuschlag im jeweiligen Vergabeverfahren erteilt wurde.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Teilnahmeanträge und Angebotvollständig und alle geforderten Angaben, Erklärungen und Preise enthalten sein müssen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Im Vergabeverfahren werden personenbezogene Daten insbesondere im Rahmen der Eignungsprüfung herangezogen; bspw. können Bewerber/Bieter aufgefordert werden, Angaben zu technischen Fachkräften oder den Führungskräften des Unternehmens (u.a. Studien- und Ausbildungsnachweise, Lebensläufe, Referenzen) zu machen und/oder entsprechende Nachweise einzureichen.

Des Weiteren können personenbezogene Daten auch bspw. im Rahmen von Erklärungen zum Nichtvorliegen eines Ausschlussgrundes und den ggf. erfolgten Selbstreinigungsmaßnahmen erhoben werden. Nicht zuletzt werden personenbezogene Daten schon als Bestandteil der eigentlichen Teilnahmeantrags- oder Angebotsunterlagen erhoben (bspw. ausgefüllte und unterzeichnete Teilnahme-/Vergabeunterlagen, durch den Bewerber/Bieter ggf. beigelegte Unterlagen). Die betroffenen Personen sind im Rahmen eines Vergabeverfahrens verpflichtet die jeweils geforderten/erforderlichen personenbezogenen Daten bereitzustellen. Sofern die geforderten/erforderlichen personenbezogenen Daten nicht eingereicht/bereitgestellt werden, kann/muss ggf. ein Ausschluss des Teilnahmeantrags/des Angebotes vom weiteren Vergabeverfahren erfolgen. Die geforderten/erforderlichen personenbezogenen Daten sind insofern als für einen Vertragsschluss erforderlich zu betrachten.

**12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß
Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)**

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Datenerfolgt nicht mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling.

**13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck
(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)**

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.